Nummer 199

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 70. Jahrgang. Donnerstag, 30. April 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte,

Für illoyalitäte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter, Handelsteil: St. Zunk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Rangiewitz, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Rmk., Stellungsuchende 0,40 Rmk., Reklamezeile 4,50 Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Zur politischen Lage.

Die Rede, die Reichskanzler Luther nach seiner Besprechung mit Hindenburg gestern auf dem Industrie- und Handelstag gehalten hat, ist wohl das sicherste Anzeichen dafür, daß die gegenwärtig im Reich leitenden Männer die im Gang befindliche politische, wirtschaftspolitische und soziale Arbeit einfach in der bisherigen Richtung fortführen wollen. Das ist auch ganz natürlich, denn die Wahl Hindenburgs hat ja die durch das Kabinett Luther dokumentierte Abkehr vom Marxismus nur noch einmal, allerdings äußerst nachdrücklich, bestätigt. Alle, die Hindenburg seit Jahren vorurteilslos beobachtet haben, sind ja immer der Ueberzeugung gewesen, daß er kein Mann der Theatereffekte, sondern der ruhigen, sorgfältigen, sogar langsamen Prüfung, dann aber auch des eisernen Durchhaltens ist. Und diese Ueberzeugung werden bald auch diejenigen gewinnen, die am letzten Sonntag für Marx gestimmt haben. Es besteht sonach alle Aussicht, daß wir einem Zustand der Beruhigung unseres öffentlichen Lebens, natürlich immer abgesehen von der sozialistischen Hetze, mit großen Schritten entgegengehen.

Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik Dr. Luthers haben wir bisher in ihren Grundzügen unterstützt und werden das auch tun können nach seiner gestrigen Rede. Wo Zweifel bestehen, ist zu wünschen, daß sie im Sinne der gestern von uns wiedergegebenen Resolution des Industrie- und Handelstages entschieden werden, d. h. Leitung der Wirtschaftspolitik nach dem Gesichtspunkt gewinnbringender Produktionsförderung und Führung der Sozialpolitik unter sorgfältigster Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Jedes Abgehen von diesen beiden Grundgedanken muß Schwächung der Wirtschaft sowie Vermehrung der Arbeitslosigkeit und des Elends zur Folge haben. Durch Sentimentalität oder Angst vor der Straße darf man sich von diesen Grundsätzen nicht abbringen lassen.

Auch bezüglich der auswärtigen Politik hat Dr. Luther die Kontinuierlichkeit der bisherigen Arbeit proklamiert. Sehr nachdrücklich hat er die Haltung der Alliierten in der Frage der Räumung der Kölner Zone beklagt, trotzdem aber hinzugefügt, daß das Bestreben der Berliner Regierung, mit den Kriegsfeinden auf vertraglichem Wege durch einen Sicherheitspakt zu einer dauernden Verständigung zu gelangen, durch die Kölner Frage nicht berührt wird.

In diesen Spalten ist wiederholt die Politik des Sicherheitspaktes als eine Fortsetzung der bisherigen Illusionspolitik abgelehnt worden. Nicht so wie Herr von Freytag-Loringhoven es tut, der die Deutschnationalen am besten an die Kette legen würden. Wir zweifeln vor allem daran, daß uns gegen die neuen Bindungen, die wir übernehmen sollen, irgendwelche ernsthaft in Betracht kommende Gegenleistung gewährt werden würde. Aber wir legen dem diplomatischen Hin und Her in dieser Frage augenblicklich nicht so große Bedeutung bei, weil schon in der nächsten Woche sich die internationale Lage völlig verschoben haben kann, nämlich falls infolge der französischen Kommunalwahlen das Ministerium Painlevé-Briand durch ein weiter rechts gerichtetes abgelöst würde. In diesem Falle würde man in Paris noch weit mehr als zur Zeit Herriots etwas ganz anderes unter Sicherheitspakt verstehen als in Berlin. Weiter aber wird das deutsche Volk zur Diplomatie des Kabinetts Luther-Stresemann jetzt nach der Wahl Hindenburgs weit mehr Vertrauen haben, wird es weit eher geneigt sein, anzunehmen, daß nur kaltblütigste Abwägung des nationalen Vorteils und nicht Rücksicht auf pazifistischen Internationalismus bei uns den Ausschlag geben wird, gerade weil Hindenburg mitzusprechen hat. Die Imponderabilien sind bei uns von dem internationalen Arm des Hebels auf den nationalen verschoben worden.

Man erkennt schon jetzt: Je mehr Tage ins Land gehen, desto ruhiger und sachlicher werden von allen unseren bürgerlichen Parteien die politischen Fragen wieder angesehen.

Die Linkspresse, auch das Blatt der katholischen Sozialisten, die „Germania", setzt zwar ihre Bemühungen fort, es so darzustellen, als ob eine solche innere Verschiebung der Imponderabilien in unserem Volk nicht stattgefunden habe. Jedoch die „Germania" vertritt nicht das Zentrum und noch weniger die gesamte katholische Bevölkerung Deutschlands. Das hat die Wahl vom letzten Sonntag eindrucksvoll bewiesen. Wir sind überzeugt, daß sowohl das Zentrum wie die Demokraten aus dieser Verschiebung der Imponderabilien in der nächsten Zukunft die allein möglichen Konsequenzen ziehen und die Hand dazu bieten werden, daß der beherrschende Einfluß der Sozialdemokratie auch in Preußen gebrochen wird. Die Drohung, den preußischen Landtag aufzulösen, nehmen wir dabei nicht ernst, schon deswegen nicht, weil u. E. nicht nur die Rechtsparteien einen erheblichen Stimmenzuwachs bei Neuwahlen in Preußen zu erwarten hätten, sondern auf Kosten der in ihrer Taktik blamierten Sozialdemokratie auch die Kommunisten. Zudem ist das Volk des Wählens müde und die Parteikassen sind leer und in wenigen Wochen auch nicht wieder zu füllen. Also, erlauchte Führer des Zentrums und der Demokraten, wozu das große Getue, warum nicht in den nächsten Wochen schon tun, was in den nächsten Monaten doch getan werden muß?

Die Sozialdemokratie hat abgewirtschaftet. Sobald das durch Bildung einer großen festen Majorität im Reichstag und im preußischen Landtag konstatiert ist, haben wir aller Voraussicht nach für die nächsten vier Jahre eine seit langem nicht gekannte Periode ruhiger, tatkräftiger und zielsicherer Wiederaufbauarbeit vor uns.

Dr. Oestreich.

Die Danksagung Hindenburgs.

TU **Hannover**, 29. April.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg übermittelt der Telegraphen-Union zur Verbreitung folgende Danksagung:

„Allen den vielen, die meiner gelegentlich der Reichspräsidentenwahl freundlich gedacht haben, kann ich nur auf diesem Wege meinen herzlichen, tiefempfundenen Dank sagen, weil ich anderweitig sehr beansprucht bin.

Hindenburg."

„Die Neugestaltung der Reichssteuern."

45. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Heinrich Grünfeld,

Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages, Vorsitzender der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Mitglied des Vorl. Reichswirtschaftsrates, sagt in seine Betrachtung, die er gestern in der Versammlung des Industrie- und Handelstages ausführte,

die 14 für das neue Steuer- bzw. Finanzprogramm vorliegenden und in Betracht kommenden Gesetzentwürfe.

Dieses Werk wird dereinst in seiner vollen Größe geschätzt und anerkannt werden als ein Zeichen, daß die durch die Rentenmark gewonnene Stabilisierung durch Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden auf dauernder gesetzlicher Basis gesichert werden soll unter möglichst gerechter Verteilung der Lasten auf die Wirtschaftskreise. Daß das in der Uebergangszeit für das Jahr 1924 nicht der Fall war, wurde durch Zahlenvergleichungen nachgewiesen, bei denen ein Volkseinkommen von 40 bis 43 Milliarden im Jahre 1913 einem solchen von etwa 34 Milliarden in 1924 entgegengestellt wurde, wobei die Belastung durch öffentliche Abgaben jeder Art damals etwa 5 bis 5½ Milliarden betrug, während sie jetzt auf etwa 10,9 bis etwa 11,8 Milliarden errechnet wurden. Selbst bei eingeschränktestem Verbrauch muß hierbei ein Schwinden des Volksvermögens von jährlich mehr als 3 Milliarden festgestellt werden, während früher eine Ersparnis von 8 bis 9 Milliarden erzielt wurde. Auch die Steuerbelastung auf den Kopf der Bevölkerung von damals 75 bis 80 M. gegenüber heute 170 bis 190 M. zeigt, daß die Steuervermehrung weit über Entwertung des Weltgoldes hinausgegangen ist, die bei der Berechnung dem Einkommen von 1924 und dem Steueraufkommen zugrunde gelegt wurde. Die Lastenverteilung wurde an den Ziffern für Einkommensteuern gezeigt, bei der im Lohnabzugsverfahren von etwa 22 Millionen Personen 1,329 Milliarden aufgebracht wurden, während annähernd 4,900 Millionen von für den Wirtschaftsbetrieb Veranlagten an Vorauszahlung und Körperschaftssteuer 1,176 Milliarden aufgebracht wurden, darunter 91 400 Körperschaftssteuerbetriebe.

Die Steuergesetze selbst gruppierte der Vortragende einmal in solche, welche neues Recht schaffen sollen, und in solche, welche nur in ihren Tarif- und Veranlagungsbegriffen sich der stabilisierten Währung neu anpassen sollen, zum anderen in solche, welche die große Gesamtheit betreffen, gegenüber denjenigen, die nur für einzelne Vorgänge in Frage kommen, wie z. B. Verkehrssteuer, Bier, Tabak usw., und dann noch einmal nach der Dringlichkeit, mit der die einzelnen Gesetze zur Verabschiedung kommen müßten.

In jeder Hinsicht steht voran das sogenannte

Ueberleitungs-Gesetz:

Alle Wirtschaftskreise fordern noch heute eine endgültige Veranlagung für das Jahr 1924, da diese einmal in der Steuernotverordnung zuverlässig zugesagt worden ist, zum anderen sie allein eine sichere Grundlage für die jetzt aufzubringenden Leistungen an Einkommensteuer bilden kann und dadurch die dringend notwendige Sparsamkeit im Haushalt des Reiches, der Länder und der Gemeinden einleuchtend gesichert werden kann.

Sollte, wie die Regierung behauptet, aus technischen Gründen jetzt tatsächlich eine solche Veranlagung nicht mehr durchgeführt werden können, ohne die gleichzeitige Vorbereitung der Vermögenssteuer und Einkommensteuer zu gefährden, dann wird der endgültige Verzicht auf jede Nachprüfung der Vorauszahlungen aus 1924 als das kleinere Uebel bezeichnet, gegenüber der im zweiten Abschnitt des Entwurfes vorgesehenen sogenannten vereinfachten Veranlagung, welche in der Endwirkung eine große Beunruhigung ohne eine Sicherheit für bessere Gerechtigkeit bedeuten würde.

Zum Entwurf eines Gesetzes über die

gegenseitige Besteuerung des Reiches, der Länder und der Gemeinden

fordert die Wirtschaft mit allem Nachdruck, daß endlich der seit vielen Jahren ausgesprochenen Forderung nach **Beseitigung aller Steuerprivilegien zugunsten der in Händen öffentlich-rechtlicher Körperschaften befindlichen** Betriebe Genüge gelan werden solle. Die von den Vertretern namentlich der Gemeinden geltend gemachten Gegengründe werden gegliedert.

Der Entwurf eines Gesetzes über den

Finanz-Ausgleich

zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gibt dem Vortragenden Veranlassung, sich zunächst gegen jedes Zuschlagsrecht auszusprechen und den Regierungsvorschlag bezüglich der Ueberweisung von 75 Prozent der Einkommens- und Körperschaftssteuer und 30 bzw. 20 Prozent der Umsatzsteuer zu befürworten. Grundsätzlich wird Wert darauf gelegt, daß das System der Vorauszahlungen allmählich beseitigt und durch das System der endgültigen Veranlagung nach den Erträgnissen des Vorjahres, später nach dem dreijährigen Durchschnitt, ersetzt werde, selbst auf die Gefahr hin, daß hierbei erstmalig ein Jahr zweimal als Grundlage für die Veranlagung dienen soll.

Der Entwurf des

Reichsbewertungsgesetzes

wird nach den Abänderungen, die auf Grund der Begutachtung im Reichswirtschaftsrat in den neuesten Entwurf aufgenommen worden sind, als geeignete Grundlage für weitere Behandlung im Reichstag angesehen, wobei aber die wieder abgelehnte Forderung der Bewertung der Anschaffungskosten nach § 189 Absatz 2 der Reichsabgabenordnung erneut erhoben wird. Unerkannt wird, daß die in ersten Entwurf als zwingend angesehenen Grundsätze über die Bewertung bestimmter Gruppen des Betriebsvermögens nunmehr als Richtlinien nach Anhörung der Sachverständigen gelten sollen. Die Heranziehung der Sachverständigen in den Bewertungsausschüssen für Grundwert und Betriebsvermögen in ausreichender Anzahl wird als besonders dringlich hingestellt. Gegen die zahlreichen in § 4 ausgesprochenen Abweichungen, welche die Länder trotz des einheitlich Bewertungsgesetzes noch treffen können, soll Einspruch erhoben werden.

Zum

Einkommensteuer-Gesetz

werden die im neuesten Entwurf ziemlich zahlreichen Einzeländerungen durchgesprochen, das Grundsystem der klaren Festlegung der Einkommensbegriffe in § 6 als erfreulich anerkannt und im Tarif eine etwas gemilderte Anschwellung der Sätze für die Mitteleinkommen zwischen 8000 und 20 000 M. gefordert. Für den Steuerabzug vom Arbeitslohn wird die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von jetzt 60 M. befürwortet, doch hält der Redner die im Reichswirtschaftsrat geforderte Summe von 100 M. für zu hoch, weil dadurch bei der Menge der Steuerpflichtigen der Ausfall enorm sein würde, und befürwortet 75 bis 80 M. Neu ist, daß entgegen dem ersten Entwurf Zinsen und Sparkassenzinsen dem Abzug vom Kapitalertrag nicht mehr unterliegen sollen und daß der Finanzminister ermächtigt sein soll, für in Deutschland nicht gehandelte Auslandsanleihen Befreiungen von der Kapitalertragssteuer eintreten zu lassen. Die dem letzten Entwurf ganz neu eingefügten §§ 102 bis 108 geben Richtlinien für die der Einkommensteuer zugrunde zu legenden Anfangsvermögenswerte, in denen im allgemeinen die handelsrechtliche Bilanz als Grundlage anerkannt wird, die aber sowohl im Interesse des Fiskus wie des Steuerzahlers in gewissen Grenzen berichtigt werden können.

Körperschaftssteuer.

Bei der Körperschaftssteuer ist besonders die dringend notwendige Eindeziehung der Wirtschaftsbeziehung in öffentlicher Hand hervorzuheben sowie der Widerspruch gegen die auch hier wieder geplante Bevorzugung der Genossenschaften.

Das

Vermögenssteuer-Gesetz

wird als besonders dringlich bezeichnet wegen der notwendigen Abänderung der Industriebelastung und Aufbringungskosten. Im übrigen kennzeichnete der Redner dieses Gesetz mit seiner jetzt jährlichen Erhebung als ein „aufsässliches Einkommensteuer-Gesetz".

Bei der

Erbschaftssteuer

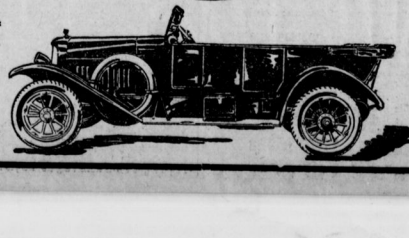
ist neu die Sozialbegünstigung, daß kinderlose Witwen befreit werden können, wenn die vorhanden gewesenen Kinder im Kriege oder im Zusammenhange mit seinen

Stoewer-Werke Actiengesellschaft
vormals Gebrüder Stoewer

STOEWER

Berlin NO. 7, Unter den Linden 75/76
Fernsprecher: Zentrum 11146 (Schulte-Haus) Fernsprecher: Zentrum 11146

Vertreten in Berlin für Personen- und Lastkraftwagen durch eigene Filiale, Ausstellungs- und Verkaufsräume.



Reparatur-Werkstätten
Berlin NW. 7,
Reichstags-Ufer 11.
Fernsprecher: Zentrum 2841 × Fernsprecher: Zentrum 2841.